



Hintergrund: Pixabay

Liebe Mitglieder und Freunde der DPoIG Baden-Württemberg – die Urlaubszeit 2019 steht unmittelbar bevor. Es wäre spannend, zugleich aber unmöglich, zu erfahren, wohin es all unsere Kollegen führt. Der Reisekoffer auf unserem Titelblatt steht deshalb wie ein Symbol für einen Urlaub mit vielen Erlebnissen, denn auf ihm prangen verschiedene Sticker von unterschiedlichen Locations und Ausflugszielen. Allen Kollegen die verreisen, wünschen wir tolle neue Eindrücke und viel Erholung. Allen die zuhause bleiben, wünschen wir eine schöne Sommerzeit. Die DPoIG-ID-Redaktion meldet sich mit der Ausgabe September zurück. ▣

Artikel in dieser Ausgabe

1. Unfälle: Gaffer werden selten bestraft
2. Wenig Sympathien für rechte Parteien
3. Internationale Polizeiregatta Bodensee
4. Ausweis für Ruheständler gefordert
5. DPoIG-Spendentour: Auch Helfer brauchen Hilfe
6. Projekt „Intelligente Videoüberwachung“
7. Spitzengespräch beim Landeskriminalamt

Impressum

Redaktion:
Ralf Kusterer
(V. i. S. d. P.)
E-Mail: ralf.kusterer@dpolg-bw.de

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart
Telefon: 0711/ 997 947 4-0
Telefax: 0711/ 997 947 4-20
E-Mail: info@dpolg-bw.de
www.dpolg-bw.de

Fremde Abbildungen und Quellen
sind entsprechend gekennzeichnet

Unfälle: Gaffer werden selten bestraft Vorschlag der DPoIG wird durch Innenministerium geprüft.

Sensationsgeilheit, Filmen und Fotografieren sind bei schweren Verkehrsunfällen keine Seltenheit mehr. Viel zu oft werden dadurch nicht nur moralische Grenzen verletzt, sondern auch die Rechte der Betroffenen mit Füßen gestößen. Rettungskräfte werden durch Gaffer regelmäßig in ihrer Arbeit behindert. Während Bestrafungen bislang die Ausnahme waren, soll sich dies nun ändern.

Viele Jahre hatte die Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg die Folgenlosigkeit für Gaffer beklagt. Um effektiver gegen Schaulustige an Unfallstellen vorgehen zu können, fordert der DPoIG-Landesvorsitzende Ralf Kusterer eine bessere technische und personelle Ausstattung der Polizei.

„Unsere Polizeikollegen müssen vor Ort die Unfallstelle absichern, den Verletzten wenn nötig helfen und anschließend den Unfall aufnehmen. Die mit der Unfallaufnahme beauftragten Kollegen sind meist nicht in der Lage, auch noch die mit ihrem Handy filmenden und fotografierenden Personen zu kontrollieren,“ so Kusterer. Die DPoIG fordert die Landesregierung auf, endlich ein Konzept zu entwickeln, um dieses Phänomen in den Griff bekommen. „Beispielsweise durch empfindliche (Geld)Strafen, die so richtig weh tun“, so Kusterer weiter.



Will die Behinderungen und Handlungen von Gaffern unter Strafe stellen und verfolgen können: Ralf Kusterer, DPoIG-Landesvorsitzender.

Als absolutes Negativbeispiel dient ein schwerer Unfall im Mai 2018 auf



Die Sensationslust kennt viel zu oft keine Grenzen. Aus zahlreichen vorbeifahrenden Autos heraus, richten viele Verkehrsteilnehmer ihre Smartphones auf die Unfallstellen.

der Autobahn bei Ulm-West: Die Polizei notierte die Kennzeichen von zehn vorbeifahrenden Fahrzeugen, aus welchen heraus Bild- und Videoaufnahmen gemacht wurden. Obwohl polizeiliche Ermittlungsverfahren gegen die Fahrzeughalter eingeleitet wurden, waren lediglich in zwei der zehn Fällen ein rechtskräftiger Bußgeldbescheid in Höhe von 100 Euro sowie einem Punkt in Flensburg ergangen. In den übrigen acht Fällen habe der Fahrer nicht ermittelt werden können. Zweifellos eine unbefriedigende Situation für die Opfer und für die Ermittler.

Der Landesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Baden-Württemberg, Ralf Kusterer, hatte vor wenigen Wochen in einem Interview vorgeschlagen zu prüfen, ob es möglich sei, sogenannte Dashcams einzusetzen, um gegen Gaffer vorgehen zu können. Aus Sicht des Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit, Stefan Brink, greifen Videoaufnahmen der Polizei zwar in die informationelle Selbstbestimmung der Gaffer ein - doch

bei der Strafverfolgung sei es laut Strafprozessordnung jedoch erlaubt, Bildaufnahmen herzustellen, wenn die Erforschung des Sachverhalts oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes eines Beschuldigten auf andere Weise weniger erfolgversprechend oder erschwert wäre. Von daher sehe Brink „grundsätzlich eine Berechtigung, solche Aufnahmen anzufertigen.“ Das Wissen, dass das eigene Verhalten dokumentiert wird und Grundlage für eine Bestrafung sein kann, wirke sicher nachhaltiger als alle Appelle, meinte Brink. Allerdings sollten ihm zufolge auch mildere Mittel wie Sichtschutzwände und mobile Verbotsschilder zum Einsatz kommen.

Ein rechtliches „Unter-Strafe-stellen“ alleine reicht nicht aus.

Härtere Strafen sind grundsätzlich gut. Aber um Gaffer zu bestrafen, müssten diese zunächst einmal in Person festgestellt und erwischt werden. Möglich würde dies durch Filmen und Auswerten mit Dashcams. Genau diesen Vorschlag der DPoIG will der Innenminister nun prüfen lassen. □

Wenig Sympathien für rechte Parteien Statement zum Vorwurf, zu viele Polizisten wären Rechts.

Die Verantwortlichen der Alt-Parteien ziehen Bilanz über Wählerabwanderungen bei den letzten großen Wahlen. Die CDU stellt fest, dass die Anteile der Wähler aus den Berufsgruppen Bundeswehr und Polizei geringer wurden. Andere ziehen daraus voreilig falsche Schlüsse: Die DPoIG widerspricht der Behauptung der GdP, dass in der Bundespolizei, oder allgemein bei den Polizeien, große Sympathien für rechtsnationale Parteien vorhanden seien.

Unstrittig gibt es in der Polizei und bei der Bundeswehr viele, die von der Politik enttäuscht sind. „Ich teile die Analyse von Friedrich Merz und Wolfgang Bosbach zu diesen Enttäuschungen“, so der DPoIG-Landesvorsitzende und stellvertretende DPoIG-Bundesvorsitzende Ralf Kusterer. „Ich teile aber ausdrücklich nicht die Bewertung, dass die Angehörigen der Polizei und der Bundeswehr deshalb zu großen Teilen zu Wählern und Sympathisanten der AfD oder anderen rechtsnationalen Parteien mutierten. Und ich halte die damit verbundene Interpretation, dass Angehörige der Polizei und der Bundeswehr damit auch „auf dem rechten Auge blind“ seien, für eine fatale Aussage, gegen die ich mich ausdrücklich verwehre“, wurde Kusterer in seinem Statement deutlich. Im Übrigen konnte man das aus dem zitierten Interview von Herrn Merz so auch nicht entnehmen. Vielmehr benannte Merz eigene Erfahrungen und Erlebnisse, welche auf die Wählerabwanderung aus Polizei und Bundeswehr abzielten. Das Interview von Friedrich Merz ist unter anderem in Youtube abrufbar. Soll sich jeder seine eigene Meinung daraus bilden.

Der überwiegende Teil der Polizeibeamten/innen hegt nicht ansatzweise Sympathien für rechtsnationale Parteien.

„Wie Verantwortliche der Gewerkschaft der Polizei (GdP) daraus Sym-

pathien für rechtsnationale Parteien in der Bundespolizei bestätigen können, kann ich nicht sagen. Vielleicht hat man eine Umfrage oder Ähnliches gemacht, von dem wir nichts wissen. Womöglich bezieht sich die Bundes-GdP auf die Gespäche des GdP Landesverbands Baden-Württemberg mit der AfD, welche bundesweit zu erheblichen Diskussionen geführt haben“, mutmaßt Kusterer. Eine pauschale Vorverurteilung aller Polizeikollegen lässt er jedenfalls nicht zu. Nach Kenntnisstand der DPoIG gibt es keine aktuelle Studie über die politische Einstellung von Polizeiangehörigen. Kusterer hält solch wenig fundierte Äußerungen zu Sympathien und der politischen Einstellung von Polizeibeamten deshalb für genauso gefährlich wie die rechtsnationalen Parteien selbst.

Für die Deutsche Polizeigewerkschaft Baden-Württemberg kann Kusterer bestätigen, dass es nach wie vor weder mit der AfD-Fraktion noch der Partei Gespräche gibt. Es gibt Null Kommunikation zwischen der DPoIG



Ralf Kusterer wehrt sich gegen die pauschale Behauptung, in der Polizei gäbe es zunehmend rechte Tendenzen.

Baden-Württemberg und der AfD. „Ich habe den persönlichen Eindruck, dass die vorhandene politische Unzufriedenheit vieler Polizeibeamter nicht in rechte Tendenzen und Sympathien umschlägt. Obwohl große Frustration darüber herrscht, von (grünen) Mitgliedern der Landesregierung immer wieder neu mit einem Generalverdacht belegt zu werden. Es fehlt erkennbar an aus Reihen der Politik entgegengebrachtem Vertrauen - trotzdem hegt nach meiner persönlichen Wahrnehmung der überwiegende Teil der Polizeibeamten/innen nicht einmal ansatzweise Sympathien für rechtsnationale Parteien“, stellt Ralf Kusterer klar.

Aus Reihen der Politik entgegengebrachtes Vertrauen fehlt.

Es kann schon sein, dass es in der Polizei des Landes Baden-Württemberg auch Polizeibesetzte gibt, welche die AfD wählen und sich für diese Partei engagieren. Das ist aber eine absolut kleine Minderheit. Innerhalb der DPoIG Baden-Württemberg haben wir zahlreiche politisch aktive Kollegen/innen. Überwiegend in der CDU, aber auch in freien Wählervereinigungen und der SPD. Schon die Zahl der Kollegen/innen die sich „grün“ engagieren, fallen eher gering aus. Dem gegenüber gestellt, bezeichnet Kusterer die Anzahl derer, die sich aktiv in der AfD engagieren, als „kaum messbar“.

Bei allen politischen Diskussionen, sind wir DPoIG-ler uns absolut sicher, dass die Polizeibesetzten in Baden-Württemberg auf dem Boden der freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen, das Amt nach bestem Wissen und Können führen, das Grundgesetz, die Landesverfassung und das Recht achten und verteidigen und Gerechtigkeit gegen jedermann ausüben. Die wenigen Beschäftigten, welche diesen Pfad verlassen, werden mit aller Konsequenz aus dem Dienst entfernt. Und das ist gut so.

37. Internationale Polizeiregatta Bodensee Vor Langenargen fand die beliebte Segelwettfahrt statt.

Ende Juni fand bei besten Bedingungen die diesjährige Internationale Polizeiregatta vor Langenargen statt. Insgesamt 68 Seglerinnen und Segler auf zwanzig Booten aus Baden-Württemberg, Bayern, Österreich und der Schweiz nahmen daran teil.

Die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernahm Thomas Strobl, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration. Veranstalter war der Förderverein Internationale Polizeiregatta e. V. Friedrichshafen. Die DPoIG Baden-Württemberg unterstützt die Veranstaltung seit Jahren mit einer Pokalspende.

Am Wettbewerb können sich traditionell nur Boote beteiligen, deren Besatzung mindestens zur Hälfte aus Angehörigen einer Polizeidienststelle, einer Polizeibehörde, der Staatsanwaltschaften oder vom Veranstalter zugelassenen (vergleichbaren) Personen besteht. Gesegelt wurde im Seeraum vor Langenargen. für die diesjährige Wettfahrt war ein modifizierter Dreieckskurs vorgesehen. Zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Polizei, darunter Staatssekretär Wilfried Klenk, MdL Thomas Blenke und der stellvertretende Landespolizeipräsident Dietrich Moser von Filseck, konnten vom Besucherboot der Wasserschutzpolizei aus einen interessanten und spannenden Wettkampf beobachten.

Herzlichen Glückwunsch allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Insbesondere Siegfried Traub (Vorsitzender DPoIG KV Ravensburg) zum 1. Platz und Claudius Krapf (Vorsitzender DPoIG KV Bodenseekreis) zu einem guten 6. Platz. Die ansonsten ungeschlagene „Nummer eins (001) beim Landeskriminalamt“, Polizeipräsident Ralf Michelfelder, fand sich als „Nummer 3“ in den Ergebnissen wieder.

Weitere Informationen, Ergebnisse und Bilder: www.polizeiregatta.de



Verfolgten die Wettfahrt vom Besucherboot aus: (v.l.n.r.) Staatssekretär Wilfried Klenk, Stv. DPoIG-Landesvorsitzender Jürgen Engel.



So sehen glückliche DPoIG-Segler aus: (v.l.n.r.) Claudius Krapf und Siegfried Traub.

Hätten Sie es gewusst?

Bei Segelregatten spielen sogenannte „Yardsticks“ eine große Rolle. Jeder Bootsklasse wird eine empirisch ermittelte Yardstickzahl zugeordnet, welche die Leistungsfähigkeit des Bootes widerspiegelt. Bei einer Regatta wird dann für alle Teilnehmer die gesegelte Zeit gemessen und mit der Yardstickzahl nach einer festgelegten Formel umgerechnet. Dieses Berechnungssystem erlaubt es, Jollen oder Yachten unterschiedlicher Bauformen in einer Regatta gegeneinander antreten zu lassen. Je kleiner die Yardstickzahl einer Bootsklasse ist, desto schneller sind die Boote dieser Klasse.

Quelle: Wikipedia

Ausweis für Ruheständler gefordert DPoIG fordert verbesserten Nachweis für Ruheständler.

Mitte Juli wurde hochhoffiziell der neue Ausweis für Ruheständler der Polizei Nordrhein-Westfalen vorgestellt und vom dortigen Innenminister Herbert Reul feierlich an die ersten Kolleginnen und Kollegen übergeben. Für die DPoIG Baden-Württemberg Anlass, die gegenwärtige Situation in Baden-Württemberg zu beleuchten.

Im Rahmen einer Feierstunde hat der nordrhein-westfälische Innenminister ehemaligen Angehörigen der Polizei Nordrhein-Westfalen die ersten Ruhestandsausweise persönlich überreicht. „Der Ausweis ist Wert-schätzung ihrer Arbeit. Und Ausdruck einer Haltung: Einmal Polizei, immer Polizei“, sagte Minister Reul den Ruheständlern. Ab August erhalten alle ehemaligen Angehörigen der nordrhein-westfälischen Polizei bei Pensions- oder Renteneintritt automatisch den silbergrauen Ausweis aus Kunststoff im Scheckkartenformat. Wer sich bereits im Ruhestand befindet, kann ihn formlos beantragen. Privilegien sind mit dem Ausweis natürlich nicht verbunden. Er dient lediglich dem Nachweis, dass die Inhaberin oder der Inhaber früher zur nordrhein-westfälischen Polizei gehört hat. Insbesondere soll der Ruhestandsausweis die Kontaktaufnahme mit Polizeidienststellen erleichtern.

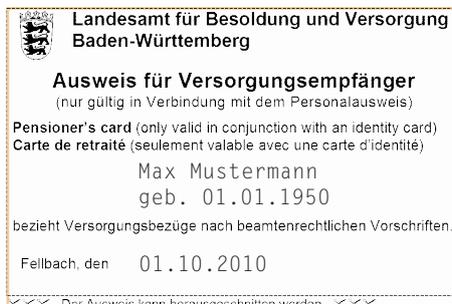
Der Ruhestandsauseis aus Nordrhein-Westfalen ist vorbildlich.

In Baden-Württemberg gibt es seit knapp zehn Jahren einen Pensionärsausweis, welcher als PDF-Datei (!!) über das Kundenportal beim LBV heruntergeladen werden kann. Eingestellt wird der Ausweis dort kurz nach der Pensionierung. Der oder die Ruheständlerin hält nach dem Ausdrucken ein A4-Blatt Papier in der Hand, auf welchem in einer Ecke eine Art Nachweis abgedruckt ist. Man kann den Nachweis ausschneiden, vielleicht einschweißen oder sonst wie



Aus unserer Sicht vorbildlich gelungen: Der neue Ruhestandsausweis im Scheckkartenformat für ehemalige Polizeiangehörige in NRW. (Bild: IM NRW).

in einer Hülle schützen. Besonders fälschungssicher scheint der „Ausweis“ nicht zu sein. Die Schriftarten sind auf nahezu jedem PC zu finden. Unser Eindruck: Billiger geht es nicht - aber auch kaum geschmackloser. Nicht selten zweifelt das Gegenüber an der Echtheit dieses Nachweises des so genannten „Musterlände“ Baden-Württemberg.



Zum Selbstausschneiden, je nach Scherenführung mehr oder weniger geradlinig und damit wenig mustergültig: Der Ruhestandsausweis für ehemalige Angehörige des Landes Baden-Württemberg (Bild: LBV).

Die Idee eines Ruhestandsausweises für die Landespolizei gibt es schon lange. Sie stammt aus der Mitte der

Polizei. Viele Ruheständler fühlen sich nach wie vor mit der Polizei verbunden. Ein Pensionärsausweis stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl. Er erleichtert aber auch den Kontakt der Pensionäre mit aktiven Kollegen. Viele kommen auch nach der Zuruhesetzung noch besuchsweise zu den Dienststellen oder nehmen an Gemeinschaftsveranstaltungen teil.

In Baden-Württemberg kursieren etliche regionale Eigenkreationen.

Nicht allein deshalb haben damals einige baden-württembergische Polizeidirektionen von sich aus einen Scheckkartenausweis entworfen und an die Pensionäre ausgegeben. Manche Präsidien haben nach der Reform eigene Ausweise entworfen. Es gibt also eine Vielfalt von verschiedenen Ausweisen in Baden-Württemberg, jedoch kein flächendeckend einheitliches Muster.

Das Beispiel von Nordrhein-Westfalen ist aus unserer Sicht vorbildlich. Auch andere Länder haben schon einen einheitlichen Ruhestandsausweis eingeführt.

Wir machen uns stark, für die Polizeibediensteten in Baden-Württemberg einen ebenso angemessenen Ausweis bei Renten-/Pensionseintritt zu erhalten. □



Ein früher Forderer eines angemessenen und einheitlichen Ruhestandsausweises in Baden-Württemberg: Der Landesseniorenbeauftragte der DPoIG, Berndt Wittmeier.

Spendentour: Auch Helfer brauchen Hilfe Begrüßung und Betreuung der DPoIG-Spendentour durchs Ländle.

Einige Kollegen und Kolleginnen aus verschiedenen DPoIG-Landesverbänden radelten 2019 für einen guten Zweck quer durch Deutschland: Um Spendengelder für die DPoIG-Stiftung zu sammeln. Die DPoIG-Stiftung hilft verletzten und traumatisierten Mitarbeitern/innen der Polizei und deren Angehörigen mit kostenlosen Aufenthalten in den Stiftungshäusern in Lengries/ Fall in Oberbayern.

Anfang Juni 2019 schwangen sich engagierte Kollegen und Kolleginnen der DPoIG aufs Rad und radelten für einen guten Zweck - zugunsten der DPoIG-Stiftung. Am 07. Juni in Dresden gestartet, sind sie über Erfurt, Magdeburg, Potsdam, Berlin, Schwerin und Kiel nach Hamburg und von dort aus über verschiedene Bundesländer nach Stuttgart (24. Juni) und von dort über Göppingen (25. Juni) weiter nach Bayern.

Bei dem geplanten Stopp in Stuttgart begrüßte DPoIG-Landesvorsitzender

Ralf Kusterer, zusammen mit dem Ehrenmitglied Wolfgang Krämer und dem Calwer Kreisvorsitzenden Uwe Grandel die Radlergruppe in Stuttgart vor dem Neuen Schloss. Die DPoIG Baden-Württemberg unterstützte die Spendentour 2019 gerne mit 2000 Euro. Ein besonderer Dank gilt den beiden DPoIG-Kollegen der Motorradstaffel Stuttgart, die kurzfristig für eine unfallfreie Weiterfahrt und Lotsung sorgten.

Nachdem die Fahrräder auf der Landesgeschäftsstelle sicher untergestellt waren, reiste die Gruppe per Shuttle-Service nach Böblingen an das Institut für Fortbildung, um dort zu übernachten. Nicht ohne den Abend bei gutem Essen und Zufuhr von Flüssigkeiten im Eulentreff gemütlich ausklingen zu lassen.

Am nächsten Tag startete die Radlergruppe wieder ab Stuttgart, weiter nach Göppingen, um beim Polizeipräsidium Einsatz einen weiteren Stopp einzulegen. Das örtliche DPoIG-Team

um den Stellv. Landesvorsitzenden Jürgen Engel, versorgte die Sportler bis zur Weiterreise gen Bayern gut.

Die DPoIG-Stiftung finanziert sich nur aus Spenden, Bußgeldzuwendungen und Vermächtnissen. Wer möchte, kann die Stiftung auch durch einen Ferienaufenthalt unterstützen: Sofern die Stiftungshäuser nicht als solche belegt sind, können die Häuser und Wohnungen auch privat gebucht werden. □

Weitere Informationen:

Im Internet: www.dpolg-stiftung.de

Spendenkonto:
DPoIG-Stiftung
Sparda Bank München eG
IBAN: DE70 70090500 0001999 990
BIC: GENODEF1S04



Das Rad-Team des DPoIG-Spendentour 2019 zusammen mit Ralf Kusterer (weißes Hemd) bei der Spendenübergabe vor dem Neuen Schloss in Stuttgart.

Projekt „Intelligente Videoüberwachung“ DPoIG auf Informationsbesuch in Mannheim.

Seit November 2018 werden verschiedene Plätze in Mannheim (u. a. der Paradeplatz und der Alte Messplatz) mit Videokameras überwacht. Gemeinsam haben Stadt und Polizei das Projekt „Intelligenten Videoüberwachung“ an den Start gebracht. Finanziert von Stadt und Polizei und unter der fachlichen Koordination der Polizei wird das Projekt u. a. mit dem Fraunhofer Institut umgesetzt. Das Ziel: Zahl der Straftaten verringern und das Sicherheitsgefühl der Einwohner erhöhen!

Mit dem Projekt betrat Mannheim und die Mannheimer Polizei Neuland. Mannheim ist europaweit die einzige Stadt, die eine sogenannte „Intelligenten Videoüberwachung“ testet. Die Überwachungstechnik verfügt über eine algorithmenbasierte Bildauswertung. Nach der zunächst konventionellen Inbetriebnahme soll schrittweise die "Intelligente Videoüberwachung" umgesetzt werden. Das Projekt erfreut sich größter Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern - ideale Voraussetzungen, um auch politisch die Bahn zu ebnen. Dabei gewährt diese Form der Videoüberwachung entgegen der herkömmlichen Technik, bei der eine dauerhafte Sichtung stattfindet, eine wesentlich geringere Eingriffstiefe in das „Recht auf informelle Selbstbestimmung“.

Software erkennt bestimmte Bewegungsmuster.

Insgesamt sechs Beamtinnen/Beamte im Schichtdienst haben von jeweils 10:00 bis teilweise 01:00 Uhr nachts das Geschehen an den Kriminalitätsbrennpunkten im Blick, um auf diese Weise verdächtige Zustände im öffentlichen Raum frühzeitig zu erkennen, und dann ihre Kolleginnen/Kollegen vor Ort zu schicken. Kürzeste Interventionszeiten machen den Erfolg des Mannheimer Projektes aus. Und zukünftig soll die „Intelligente



Mannheimer Kollegen erklärten den interessierten Besuchern das System der „Intelligenten Videoüberwachung“. Im Bild (v.l.n.r.): Polizeipräsident Wolfgang Stenger, Wolfgang Blindenbacher (Ltd. PD a.D. und Vorsitzender der DPoIG-Bundesfachkommission Verkehr), Ralf Kusterer (Landes- und Stellv. DPoIG-Bundesvorsitzender und Vorsitzender HPR Polizei beim IM BW), Rolf Fauser (DPoIG-Landesbeauftragter Kriminalpolizei), Dirk Neitzke (DPoIG-Bezirksvorsitzender Kurpfalz), Egon Manz (DPoIG-Ehrenmitglied).

Videoüberwachung“ die vor den Bildschirmen eingesetzten Beamtinnen/Beamten dann aufmerksam machen, wenn die Software unterschiedliche Bewegungsmuster erkennt, die Hinweise auf Gefahrensituationen bzw. Verstöße geben.

Nach der Einschätzung von Ralf Kusterer, Stellv. Bundesvorsitzender und Landesvorsitzender BW der Deutschen Polizeigewerkschaft, könnte das System und das Projekt bundesweit zum Einsatz kommen. „Gerade die dünne Personaldecke bei der Polizei macht solche intelligente Lösungen unverzichtbar. Den Weg den die Mannheimer Polizei geht und dabei die Bürgerinnen und Bürger hinter sich hat, dürfte gerade vor dem Hintergrund der ständigen Datenschutzdebatte beachtenswert sein!“

Ralf Kusterer informierte sich auf Einladung von Polizeipräsident Andreas Stenger vor Ort über das Projekt. Begleitet wurde er von Wolfgang Blindenbacher (Vorsitzender der DPoIG Kommission Verkehr), Rolf Fauser (DPoIG Landesbeauftragter Krimi-

nalpolizei) und Dirk Neitzke (DPoIG Bezirksvorsitzender Kurpfalz). Wolfgang Blindenbacher, der bis zu seiner Pensionierung im Innenministerium NRW tätig war, hatte dazu den Anstoß gegeben. Die „Intelligente Videoüberwachung“ ist ein Themenfeld, das nicht nur auf dem Feld der Strafverfolgung sondern auch auf anderen polizeilichen Feldern (Gefahrenabwehr) von Bedeutung ist. Die DPoIG Expertengruppe hat deshalb ein gesteigertes Interesse an dem Projekt.

Mannheim nimmt mit Projekt eine bundesweite Vorreiterrolle ein.

Die DPoIG-Vertreter konnten sich bei der Besichtigung vor Ort über die hochprofessionelle Arbeit informieren und detaillierte Informationen und Einblicke bekommen, daher möchte man die Projektentwicklung auch weiter verfolgen. Zumal man der Auffassung ist, dass Mannheim hier eine bundesweit beachtenswerte und innovative Vorreiterrolle einnimmt. Dabei stellte der Vorsitzen-

Fortsetzung auf nächster Seite.

Fortsetzung von vorheriger Seite.

de der DPoIG-Kommission Verkehr fest: „Solche Projekte leben von einem engagierten Team, das sich mit voller Motivation den meist ganz höchstspeziellen Themenbereichen widmen und damit Neuland betreten muss. Das gilt für das technische Fachwissen oder die erforderlichen Rechtskenntnisse. Man bekommt den Eindruck, dass die richtigen Leute an der richtigen Stelle mitwirken – das beeindruckt!“

Ein besonderer Dank an dieser Stelle an Polizeipräsident Andreas Stenger, der den Informationsaustausch wie immer unkompliziert ermöglichte und sich trotz enger zeitlicher Beanspruchung Zeit für die DPoIG-Delegation genommen hat.

Das gilt auch für unser Ehrenmitglied Egon Manz, der zufällig bei einer Verabschiedung im Haus war und gemeinsam mit Dirk Neitzke unseren Kollegen Wolfgang Blindenbacher aus Nordrhein-Westfalen mit begrüßte. □



Spitzengespräch beim Landeskriminalamt DPoIG für eine zukunfts- und leistungsfähige Kriminalpolizei.

Zu einem mehr als zweistündigen Informationsaustausch trafen sich der DPoIG-Landesbeauftragter Kriminalpolizei, Rolf Fauser, sein Stellvertreter Manfred Ripberger und DPoIG-Landesvorsitzender Ralf Kusterer, mit dem Präsidenten des Landeskriminalamts, Ralf Michelfelder. Im Mittelpunkt des Gesprächs standen die Kriminalitätsentwicklung und die Möglichkeiten des Landeskriminalamts diesen zu begegnen.

Dabei waren sich Michelfelder und die DPoIG-Vertreter darüber einig, dass wer wie das LKA Baden-Württemberg einen Spitzenplatz in der Kriminalitätsbekämpfung und damit der ständigen Veränderung von Kriminalitätsformen und -begehungen einnehmen möchte, mehr politische Aufmerksamkeit benötigt. Mit „mehr Aufmerksamkeit“ ist nicht nur das Interesse an der aktuellen Kriminalitätslage gemeint, sondern auch die angemessene Reaktion auf die Herausforderungen. Es gehört weit mehr dazu, als eine Diskussion über den personellen Nachwuchs für die Kriminalpolizei führen.

Gerade für das Landeskriminalamt mit einer Vielzahl von dort angesiedelten Aufgabenstellungen, beispielsweise die von Sprengstoffentschärfern, könnte man mit beamtenrechtlichen Sonderwegen hochqualifiziertes



Auf den Dächern von Bad Cannstatt: Ralf Kusterer (DPoIG-Landesvorsitzender), Manfred Ripberger (Stellv. Landesbeauftragter Kriminalpolizei), LKA-Präsident Ralf Michelfelder, Rolf Fauser (DPoIG-Landesbeauftragter Kriminalpolizei).

Fachpersonal gewinnen und halten. Dafür setzt sich die DPoIG bei den Gesprächen zum Laufbahnrecht im Innenministerium ein. „Die Einstufung von leitenden Wissenschaftlern beim Landeskriminalamt in maximal A15 ist schlicht ein Hohn“, so Rolf Fauser. Fauser will, dass man nach guten Entwicklungen im Bereich des höheren Polizeivollzugsdienst in den Regionalpräsidien, auch stärker das Personal beim Landeskriminalamt in den Blick nimmt: „Hochschulstudierte Wissen-

schaftler (M.Sc.) in TV-L 11, verbeamtete Sprengstoffsachverständige in A11 oder noch niedriger einzustufen, ist schlichtweg inakzeptabel. Wer das zulässt, hat keine Ahnung von der hochanspruchsvollen Arbeit und der daraus folgernden Verantwortung im Strafverfahren.“

Die DPoIG sieht sich an der Seite des LKA-Präsidenten, welcher klare

Fortsetzung auf nächster Seite.

Fortsetzung von vorheriger Seite.

Visionen zeichnet und alleine aus den aktuellen Kriminalitätsschwerpunkten und -entwicklungen seine Dienststelle deutlich stärker auf die Zukunfts- und Nachhaltigkeitsspur bringen möchte. Beindruckt von den konkreten Zielsetzungen des LKA-Präsidenten sagte Kusterer seine volle Unterstützung zu.

Kriminalpolizeiliche Rahmenbedingungen gehören dringend verbessert.

Die beiden DPoIG-Kriposprecher, beide selbst ausgebildete Spezialisten der Kriminalpolizei, brachten bei dem Gespräch zum Ausdruck, dass sie einerseits die Bedürfnisse der kriminalpolizeilichen Arbeit und die besonderen Rahmenbedingungen in den Regionalpräsidien sehen, die dringend verbessert werden müssen. Andererseits aber gelte es zwingend ein starkes und leistungsfähiges Landeskriminalamt zu haben, das die fachliche Weisungskompetenz tatsächlich auch ausüben und die kriminalpolizeiliche Arbeit vor Ort größtmöglich unterstützen kann.

Das Landeskriminalamt ist Dienstleister für die Polizeipräsidien. Daher ist es im Interesse der gesamten Polizei Baden-Württemberg, dass es sich weiter entwickelt, damit es sich den zukünftigen Herausforderungen stellen kann. Dazu gehört aktuell si-

cherlich mehr als das globale Thema Digitalisierung. Dies betrifft z.B. auch die Digitalisierung der klassischen Kriminaltechnik mittels künstlicher Intelligenz, die sehr schnelle und bessere Ergebnisse für die ermittelnden Kollegen vor Ort liefern kann. Und hierzu gehört auch die grundsätzliche Frage, ob die aktuelle Gliederung und Struktur der Kriminalpolizei und deren Aufgabenwahrnehmung noch den aktuellen Anforderungen und Entwicklungen gewachsen ist. Hierbei sollte auch über Finanzierungsmöglichkeiten z.B. aus der Vermögensabschöpfung nachgedacht werden und ob die Regelungen nicht den aktuellen Entwicklungen angepasst werden müssten. Manfred Ripberger, selbst ausgebildeter Wirtschaftskriminalist und Finanzermittler, sieht hier deutlichen Handlungs- und Veränderungsbedarf.

Es gehört auch dazu, dass man überprüft, ob das im Grunde überforderte „Präsidium Technik Logistik und Service (PTLS)“ mit Personalproblemen und einer Lawine von Projektaufgaben noch den Herausforderungen und Erwartungen der Kriminalpolizei standhält. Es muss daher die Frage erlaubt sein, ob das PTLS noch das zukunftsweisende Instrumentarium bietet, um den stetig wachsenden technischen und digitalen Herausforderungen begegnen zu können. Kripo-Experte Rolf Fauser macht hier ein dickes Fragezeichen hinter seine

Zukunftsprognose. Mit BITBW an der Seite habe er eher das Gefühl, dass man von einer Bundesstraße auf einen Feldweg abgelenkt sei.

Es fehlt an politischem Gehör und Ernsthaftigkeit.

Bei all den verschiedenen Themen die man angesprochen hatte, blieb die Erkenntnis, dass das Landeskriminalamt Baden-Württemberg sehr stark am Rad in Richtung einer zukunftsorientierten und leistungsfähigen Kriminalitätsbekämpfung drehen möchte. Aber es blieb leider auch der Eindruck, dass manch verantwortlicher Politiker nicht im Ansatz erkennt, welche Herausforderungen es in der Kriminalitätsbekämpfung zu bewältigen gilt. Hiefür aber gilt es das Landeskriminalamt und die Kriminalpolizeidirektionen zukunfts- und handlungsfähig aufzustellen. Um das zu erreichen ist mehr Gehör und Ernsthaftigkeit in politischen Gesprächen erforderlich.

Die Situation der Kriminalpolizei ist und bleibt ein Topthema für die DPoIG-Mandatsträger, die sich stets der Polizei im Ganzen verpflichtet sehen. Kusterer selbst hat in den vergangenen Jahren gezeigt, dass die DPoIG Baden-Württemberg - in der mit Abstand die meisten Kriminalpolizeibesetzten organisiert sind - sich auch wirklich um die Anliegen der Kripobedienten kümmert. Dabei mag die mit dem Verkehrsministerium auf den Weg gebrachte Freifahrtregelung nur ein kleinstes Beispiel sein (Randbemerkung: aktuell bemüht sich das Innenministerium mit dem Verkehrsministerium um die vertraglichen Rahmenbedingungen mit den Verkehrsverbänden).

Die tariffähige DPoIG, die mit ihrem Vertreter auch an den Verhandlungen für Tarif- und Besoldungserhöhungen teilnimmt, setzt sich insbesondere für leistungs- und aufgabenorientierte Eingruppierungen ein. Dabei gilt es, überall dort, wo noch Verbeamtungen möglich sind, diese für bereits beschäftigte Tarifangestellte in den Blick zu nehmen. □



Das Landeskriminalamt: Dienstleister mit einer Vielzahl von dort angesiedelten Aufgabenstellungen und Spezialaufgaben.